

Betreff: Schluss mit Spekulation  
Vorrang für sozialen Wohnbau!



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **DRINGLICHER ANTRAG**

eingbracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 19. September 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Sowohl die Mieten in Österreich als auch die Kreditzinsen sind in den letzten Jahren stark gestiegen.

Um hier für Entlastung zu sorgen, brauchen wir ein österreichweites Mietrecht mit Mietobergrenzen und klar geregelten Zu- und Abschlägen für alle Wohnungen – dadurch können Mieten um durchschnittlich 20 Prozent gesenkt werden. Menschen, die sich in Österreich etwas aufbauen wollen, sollen durch einen Zinsdeckel für Wohnkredite unterstützt werden.

Ein Grundproblem, vor dem wir in Österreich jedoch stehen, ist, dass wir das Grundbedürfnis Wohnen immer mehr dem Markt überlassen haben. Wie so oft zeigt sich: Dort, wo der Markt regiert, bleiben die Bedürfnisse der Menschen auf der Strecke. Vor allem unter ÖVP-Verantwortung ist in Graz eine regelrechte Goldgräberstimmung unter Immobilien-Spekulanten ausgebrochen. Die Folge davon ist, dass nicht nur sehr teure, sondern auch sehr kleine Wohnungen gebaut werden, die sich nicht an den Lebensrealitäten der Bewohner:innen orientieren.

Dieser Spekulation müssen wir endlich einen Riegel vorschieben. Die Wohnraumoffensive des Landes Steiermark ist ein guter erster Schritt. Insgesamt entstehen so in den nächsten Jahren 5.500 neue leistbare Wohnungen und Landesdarlehen kurbeln den gemeinnützigen Wohnbau an.

Doch wir brauchen bundesweite Maßnahmen, um die Gier einiger weniger zu bändigen und Wohnen als Menschenrecht für alle zu garantieren. Vor allem in Städten wie Graz, die bereits sehr dicht verbaut sind, ist es enorm wichtig, dass wir neue Flächen bestmöglich nutzen und Flächen durch Umwidmungen für den sozialen Wohnraum gewinnen. Flächen, die derzeit gerade als alte Industrie-, Gewerbe-, Bahnflächen oder ähnliches gelten, sollen künftig für den sozialen Wohnraum reserviert werden, um die Bedürfnisse der Bewohner:innen zu erfüllen. Denn unsere Städte und Gemeinden sind keine Spielbretter für Investor:innen, sondern unser Zuhause!

Im Namen der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

### **dringlichen Antrag:**

Die Stadt Graz möge auf dem Petitionswege an die Bundesregierung und den Bundesgesetzgeber herantreten und diese auffordern, dass

1. gesetzlich geregelte Anteile an neuem Bauland sowie Bauland aus Umwidmungen (von zum Beispiel Industrie-, Gewerbe-, Bahnflächen) verpflichtend für sozialen Wohnbau reserviert werden sollen. Ziel soll sein, dass künftig die Hälfte von neu geschaffenen oder umgewidmeten Wohnraum für sozialen Wohnbau reserviert wird;
2. ein österreichweites Mietrecht mit Mietobergrenzen und klar geregelten Zu- und Abschlägen für alle Wohnungen eingeführt wird und
3. gesetzlich geregelt wird, dass Zinsen für Wohnkredite begrenzt werden, finanziert durch eine Übergewinnsteuer für Banken.
4. Der Bund wird ersucht, einen „Flächensicherungsfonds“ einzurichten, der Kommunen beim Ankauf von Flächen für den kommunalen Wohnbau finanziell unterstützt.
5. Der Landesgesetzgeber möge beschließen, dass künftig Kommunen das Zuweisungsrecht für einen bestimmten Prozentsatz von mit Landesmitteln geförderten Wohnungen erhalten.